



Antrag

—

Fraktion AfD

Frieden statt Kriegstreiberei

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest:

Frieden in Europa und eine Beendigung des Ukrainekrieges wird es nicht mit einer Eskalation des Konfliktes und einer Beteiligung Deutschlands am Waffengang gegen Russland geben. Es liegt nicht in deutschem Interesse, dass der Ukrainekrieg verlängert oder ausgeweitet wird. In deutschem Interesse liegt zentral der Frieden mit Russland und die Wiederherstellung und Gewährleistung gesunder wirtschaftlicher und politisch-kultureller Beziehungen auf gesamteuropäischer Ebene.

Russland ist der größte, bevölkerungs-, rohstoff- und energiereichste Staat in Europa. Wohlstand und Wohl der Deutschen setzen eine Verständigung mit Russland und ein kooperatives Miteinander in gegenseitigem Respekt voraus. Deutschland und Europa können Glück und Frieden nicht in einem Krieg mit Russland finden.

Es muss daher dringend gelingen, die kriegerischen Aktivitäten einzustellen und Frieden und Stabilität wiederherzustellen. Deutschland und Russland haben in beiden Weltkriegen im gegenseitigen Kampf unermessliches Leid und millionenfaches Menschenopfer erfahren. Die Lehre der Geschichte ist, dass sich das nicht wiederholen darf.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt verurteilt daher in aller Schärfe Forderungen nach Lieferung deutscher Taurus-Marschflugkörper und nach der koordinierten Vorbereitung und Mithilfe bei ukrainischen Angriffen auf russische Infrastruktur wie Brücken, Flugplätze, Industrieanlagen und Häfen sowie militärische Punktziele.

Deutschland darf nicht Kriegspartei werden. Es muss daher insbesondere ausgeschlossen werden, dass deutsche Soldaten in dem Ukrainekrieg gegen Russland eingesetzt werden.

Die bisherigen Friedensinitiativen sind begrüßenswert, mussten aber letztlich aussichtslos bleiben, weil sie die elementaren Sicherheitsinteressen der beiden Konfliktparteien nicht hinreichend berücksichtigten. Deutschland muss sich nun seiner Verantwortung für den Frieden in Europa besinnen und aktiver für die Beendigung der Kampfhandlungen und den Frieden eintreten. Auch unsere europäischen Nachbarn erwarten von deutscher Seite eine tragfähige Initiative für den Frieden und keine Unterstützung eines sich hinziehenden Abnutzungskampfes gegen Russland, der die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Länder Europas zu Russland, China und gegebenenfalls weiteren Staaten auf unabsehbare Zeit blockieren würde.

II. Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt und unterstützt,

jede ehrliche und ernsthafte Bemühung um Frieden und Vermittlung;

die sofortige Aufnahme von Gesprächen zwischen Kiew und Moskau zur Vereinbarung eines Waffenstillstandes;

die Unterstützung von Gesprächen zur Aushandlung eines Friedens auf Augenhöhe unter Berücksichtigung der wechselseitigen Bedürfnisse der Parteien.

III. Der Landtag von Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen,

dass sich Deutschland mit allem gebotenen Nachdruck für die Führung von Friedensgesprächen und das Finden einer diplomatischen Lösung im Ukrainekrieg einsetzt;

dass sich Deutschland nicht an der Mithilfe zur Vorbereitung und Durchführung von ukrainischen Angriffen auf russische Ziele beteiligt;

dass Deutschland von weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine Abstand nimmt, und insbesondere verhindert, dass deutsche Taurus-Marschflugkörper geliefert werden;

vor allem aber auszuschließen, dass deutsche Soldaten in dem Ukrainekrieg gegen Russland eingesetzt werden.

Begründung

Durch Presseberichte wurde am 1. März 2024 bekannt, dass deutsche Offiziere und Generäle in einer abgehörten Konferenz konkrete Waffenhilfe für die Ukraine zum Angriff auf wichtige russische Ziele besprochen haben. Das Gespräch wirkt wie die Vorbereitung eines Treffens mit Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, in welchem ihm die Entsendung der Taurus-Raketen an die Ukraine schmackhaft gemacht werden soll.¹ Es soll dabei um mehr als nur die bloße Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern gehen. Auch die eigentliche Missionsplanung mit Individualtraining der Piloten solle von deutscher Seite vorbereitet werden. Offensichtlich hat die Bundeswehr diese Einsätze bereits durchgespielt. Als prominentestes Ziel wurde dabei die Zerstörung der Krimbrücke genannt, der mit 19 Kilometer längsten Straßen- und Eisenbahnbrücke Europas. Soldaten von Nato-Mitgliedsstaaten sind nach den Ausführungen der deutschen Topmilitärs bereits im Einsatz in der Ukraine. Britische Spezialeinheiten sind vor Ort, der Westen liefert die Aufklärungsergebnisse für die erfolgreichen Luftschläge gegen Russland.² Bereits am 28. Februar 2024 hatte Bundeskanzler Olaf Scholz bekanntgegeben, dass britische Soldaten ukrainische Streitkräfte beim Einsatz von Langstreckenraketen des Typs Storm Shadow unterstützen.³

Die Enthüllungen begründen die ernste Sorge, dass sich Deutschland an weiteren Schritten zur Eskalation des Ukrainekrieges aktiv beteiligen wird. Bereits seit Beginn der Kampfhandlungen am 24. Februar 2022 hat Deutschland Hilfen im Gesamtwert von rund 32 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt - als humanitäre Unterstützung, direkte Zahlungen oder in Form von Waffen.⁴ Dazu gehören Flugabwehr-Systeme wie Iris-T SLM und Patriot, Flakpanzer Gepard, Gefechtsfahrzeuge wie Schützenpanzer Marder und Kampfpanzer Leopard, Artilleriesysteme wie MARS II und Panzerhaubitze 2000, geschützte Transportfahrzeuge, Handfeuerwaffen und Munition sowie Sanitätsmaterial und Bekleidung.⁵

Die bisherigen Ereignisse zeigen, dass sich die westliche Ukraine-Politik auf die Formel „Keine Verhandlungen - mehr Waffen - mehr Eskalation“ zusammenfassen lässt. Im Zentrum steht dabei die Lieferung schwerer Waffen, die für ukrainische Offensiven zur Rückeroberung verlorener Gebiete gedacht sind, aber immer mehr zerstört und zerschossen werden im Abwehrkampf gegen die stetig vorrückenden Soldaten der russischen Armee. Aus diesem

¹ www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/brisanter-audio-mitschnitt-aurus-raketen-fuer-angriff-auf-krim-bruecke-li.2192733 (zuletzt abgerufen am 07.03.2024).

² www.theguardian.com/world/2024/mar/03/germany-investigate-russia-ukraine-call-possible-interception (zuletzt abgerufen am 07.03.2024).

³ www.focus.de/politik/hat-scholz-geheimnisse-verraten-briten-helfen-in-ukraine-beim-abschuss-von-storm-shadow-raketen_id_259715299.html (zuletzt abgerufen am 07.03.2024).

⁴ www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/deutschland-hilft-der-ukraine-2160274 (zuletzt abgerufen am 07.03.2024).

⁵ www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514 (zuletzt abgerufen am 07.03.2024).

Grund warnt auch Brigadegeneral a.D. Erich Vad, der ehemalige Militärberater von Altkanzlerin Angela Merkel: „Wir machen im Moment sehr viel Kriegsrhetorik - aus guter gesinnungsethischer Absicht. Aber der Weg in die Hölle ist bekanntlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert. Wir müssen den laufenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her denken. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.“^{6,7}

Deutschland muss nun seiner Verantwortung für den Frieden in Europa gerecht werden und eine Friedensinitiative starten, nicht aber daran mittun, eine weitere militärische Eskalation zu befeuern. Die Lehren der Vergangenheit dürfen nicht vergessen werden. Schon einmal sind die Staaten Europas blind vor den Konsequenzen als „Schlafwandler“ in den Weltkrieg gezogen.

Angesichts aller Bitternis, allen Leids und millionenfacher Menschenopfer ist die Politik gefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, und sich dafür einzusetzen, dass Deutschland nicht in den Krieg hineingezogen wird. Der Weg von immer mehr Waffen und Gewalt hat nicht zur Befriedung des Ukrainekriegs geführt. Es ist jetzt Zeit, dass konsequent auf Diplomatie gesetzt wird.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitz

⁶ Erich Vad im Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland RND, https://erichvad-consulting.de/wp-content/uploads/2022/04/220404_Interview-Erich-Vad-RND.pdf (zuletzt abgerufen am 07.03.2024).

⁷ www.n-tv.de/der_tag/Merkels-Ex-Berater-gegen-Lieferung-schwerer-Waffen-article23262703.html (zuletzt abgerufen am 07.03.2024).